

Es gilt das gesprochene Wort

Laudatio zu Ehren der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer aus Anlass der Verleihung des Elsie-Kühn-Leitz Preises der Vereinigung der deutsch-französischen Gesellschaften für Europa e.V. am 20.11.2015 in Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer,

sehr geehrte Frau Minister Dr. Schwall-Düren,

sehr geehrte Präsidenten der FAFA und VDFG der für Europa, liebe Frau Libéral,
lieber Gereon Fritz,

sehr geehrte Damen und Herren,

1. Mit der heutigen Verleihung des Elsie-Kühn-Leitz-Preises der VDFG und der FAFA wurden Sie, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, in den Kreis erlauchter Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von europäischem Format aufgenommen, die sich in ihrem Leben für die Fortentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und / oder um die europäische Integration in herausragender Weise verdient gemacht hatten: Ich nenne stellvertretend für die 13 bisherigen Preisträger nur Helmut Kohl, Valerie Giscard d'Estaing, Jaques Delors, aber auch Pierre Pflimlin und Peter Scholl-Latour sowie ARTE und die Partnerstadt Wetzlar, zugleich Kulturzentrum mit europaweiter Ausstrahlung, Avignon.
2. Doch bevor ich versuche, Ihre Verdienste in wenigen Worten zu würdigen, lassen Sie mich kurz auf die Namensgeberin des Preises eingehen. Sie ist nicht jedermann bekannt, obschon sie es wegen ihres außergewöhnlichen bürgerschaftlichen Engagements verdient hätte. Sie war Enkelin des Gründers der Firma Leitz, hatte sich im II. Weltkrieg ukrainischer Zwangsarbeiterinnen angenommen und versucht, einer Jüdin zur Flucht in die Schweiz zu verhelfen, was sie mit mehreren Monaten in Gestapohaft büßte. Nach dem Krieg hat sie sich, dazu stark ermuntert von Konrad Adenauer, den deutsch-französischen Bürger-Beziehungen verschrieben, war schon 1958 maßgeblich an der Gründung der Städtepartnerschaft zwischen Wetzlar und Avignon beteiligt und von 1957 bis 1967 Gründungspräsidentin der VDFG bzw. ihrer Vorläuferorganisation.
3. Nicht von ungefähr hat die Jury des Preises in diesem Jahr eine Persönlichkeit vorgeschlagen, die sich durch zwei Merkmale von ihren Vorgängern unterscheidet: sie ist zum einen die erste Preisträgerin und sie

wird zum anderen nicht erst in fortgeschrittenem Alter für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Vielmehr steht sie noch mitten in der Verantwortung als Ministerpräsidentin eines Bundeslands, das an der Grenze zu unserem westlichen Nachbarn in der jüngeren Geschichte eine besondere Rolle in den Beziehungen zu Frankreich und im europäischen Kontext spielte und spielt. Geprägt durch eigene positive Erfahrungen im Austausch mit Frankreich als Schülerin und der Einsicht, dass Frieden und Wohlstand in Europa nur dann möglich sind, wenn die europäische Integration gelingt, haben Sie sich schon als junge Politikerin dafür und für die Vertiefung der Beziehungen mit Frankreich eingesetzt. Dabei stehen für Sie seit je her die praktischen Auswirkungen für die Bürger und Bürgerinnen Europas im Vordergrund. Gerade die Partnerschaft mit Frankreich soll für die Bürger und vor allem die jungen Menschen die Bedeutung der europäischen Integration sichtbar und erlebbarer machen, ihnen wenn man so will den „Mehrwert“ nicht nur in materieller Hinsicht deutlich machen, sondern auch die ideelle Komponente, also u.a. den Respekt vor den gemeinsamen Werten im Alltag vor Augen führen.

2

4. Frau Ministerpräsidentin

Mit außergewöhnlichen Initiativen tragen Sie dazu bei, diese Ziele konsequent zu verfolgen. Ich denke dabei vor allem an die saarländische „Zukunftsstrategie Frankreich“, ein geradezu visionäres Projekt. Sie sieht vor, dass innerhalb der nächsten 30 Jahre alle Saarländer und Saarländerinnen - ähnlich wie ihre luxemburgischen Nachbarn - zweisprachig heranwachsen, dass Französisch zur zweiten Amts- und Kultursprache des Saarlands wird. Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, welche Auswirkungen das nicht nur auf die ohnehin schon engen Verflechtungen der Industrieunternehmen und des Handwerks sowie den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt haben wird. Vor allem im kulturellen Bereich wird der Wegfall der Sprachbarrieren zu noch mehr gemeinsamen Projekten u.a. von Schulen und Volkshochschulen, von Bühnen, Künstlern und anderen Kulturschaffenden führen und das kulturelle Leben um eine neue Dimension bereichern.

Die Strategie ist Ausdruck der Erkenntnis, dass ein kleines Flächenland wie das Saarland, das an zwei Nachbarländer grenzt, in denen das Französische dominiert, nur dann eine wirkliche Überlebenschance als eigenständiges Bundesland hat, wenn es konsequent die Voraussetzungen für die enge grenzüberschreitende Verflechtung nicht nur der Betriebe, sondern ebenso der Bürger und Bürgerinnen schafft. Nur wenn die sprachliche und damit auch die kulturelle Grenze wegfallen, wird deren Grenzübertritt auch in

mentaler Hinsicht zur Selbstverständlichkeit. Dieses Ziel wird erreicht, wenn für den Bürger der Arztbesuch, die Wahl einer Ausbildungsstätte, der Besuch eines Kinos oder Theaters, wenn für die Gemeinden der gemeinsame Ausbau von Infrastruktur und Bürgerdiensten im Nachbarland bzw. gemeinsam mit diesen zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden ist.

Ähnlich wie die Väter der Euregios, die an der deutsch-niederländischen Grenze in Gronau und Enschede erfunden wurden und sich als „proef tuin“, also als Versuchsgarten Europas, verstehen und in vielem eine wichtige Vorreiterrolle einnehmen, haben Sie erkannt, dass es sich lohnt, aus der Grenzlage eine Tugend zu machen und die Bürger von den Vorteilen eines solchen ambitionierten grenzüberschreitenden Vorhabens zu überzeugen. Ich habe keinen Zweifel, dass es Ihnen gelingt, bei der großen Mehrheit der Saarländer/-innen die dafür notwendige, ja alles entscheidende Bereitschaft zu wecken, sich selbst in diesen Prozess einzubringen und geduldig den langen Weg über alle Ausbildungsstufen zu gehen. Denn positive Wirkungen für den Einzelnen wie für das Gemeinwesen werden sich nicht von heute auf morgen einstellen, aber sie werden je länger desto mehr große Tiefenwirkung entfalten.

3

5. Nicht von ungefähr haben Sie sich deshalb nicht nur als Beauftragte für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen dafür eingesetzt, dass ein Netzwerk von deutschen und französischen Kindergärten geschaffen und mit dem Lernen des Französischen vor allem in den Kindergärten des Saarlands flächendeckend begonnen wird. Denn damit wird früh der Grundstein zur Zweisprachigkeit, die Bereitschaft sich der Kultur und den Menschen des Nachbarlands zu öffnen, gelegt. Dem kommt umso größere Bedeutung zu, als auch im Saarland, in dem beachtliche 58% der Schüler Französisch als Zweitsprache lernen, der Trend zum Gebrauch des Englischen im Umgang mit ausländischen Partnern wie überall in Deutschland unverkennbar ist. In einem Interview haben Sie dazu freimütig bekannt, dass das auch in Ihrer eigenen Familie eine Rolle spielt - und dennoch lassen Sie sich von dem großartigen Vorhaben nicht abbringen. Wir alle wünschen Ihnen und uns allen das gute Gelingen dieses richtungsweisenden Projekts.

6. Frau Ministerpräsidentin

Über 3 ½ Jahre konnten Sie von 2011 bis 2014 Ihre Frankreich-Affinität als Bevollmächtigte der Bundesländer für die kulturellen Beziehungen zu Frankreich im weiteren Sinn in den Dienst der anderen Bundesländer

stellen. Denn deren Ausgestaltung, der im Elysée-Vertrag vom 22.01.1963 besondere Bedeutung zuerkannt wurde, kann eben nicht vom Bund allein übernommen werden, der an sich für die kulturellen Außenbeziehungen zuständig ist, sondern bedarf der direkten Mitwirkung der Bundesländer. Sie haben sich in dieser Zeit vor allem dem Ausbau der Sprachförderung und der Zusammenarbeit in der Berufsbildung verschrieben. Denn nur gute Sprachkenntnisse verbunden mit einer soliden Berufsausbildung werden es den jungen Deutschen und Franzosen erst ermöglichen, ihre Chancen auf dem grenzenlosen europäischen Arbeitsmarkt zu nutzen.

Dem Beispiel der im Rahmen der Partnerschaft zwischen Hessen und der Region Aquitanien geschaffenen Verbindung der Berufsschulen für Luftfahrttechnik in Latrense bei Bordeaux und Offenbach folgend, die vorsieht, dass die praktische Ausbildung im jeweiligen Partnerland stattfindet und mit intensiver Sprachausbildung und kultureller Einweisung vorbereitet wird, haben Sie sich für ein vergleichbares Programm zwischen Lothringen dem Saarland eingesetzt. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen der Berufsschule von St. Ingbert und dem Lycée professionnel, also einer Berufsoberschule, in Marly liegt im Automobilbau, der Industriestruktur des Saarlands und Lothringens entsprechend. Völlig zu Recht sehen Sie solche Ansätze auch als Modelle, der verheerenden Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen Mitgliedsstaaten der EU zu begegnen. Denn für viele junge Menschen aus diesen Ländern wird es kaum eine andere Alternative geben als den Einstieg ins Berufsleben im Ausland zu suchen. Das darf jedoch nicht nur ein Privileg der sozialen und der Bildungseliten sein. Es kommt nicht von ungefähr, dass das Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung, aber auch die Deutsch-Französische Hochschule und eine Reihe anderer deutsch-französischer Institutionen in Saarbrücken angesiedelt sind oder einen Zweitsitz haben.

- 4
7. Vor diesem Hintergrund versteht es sich von selbst, dass Sie sich mit der Ihnen eigenen Verve für die Ausbildung der Schüler aller Schulformen und Altersstufen in der jeweiligen Partnersprache auf beiden Seiten des Rheins eingesetzt haben. Mit umso größerem Bedauern müssen Sie jetzt die grundlegende Neustrukturierung des Deutschunterrichts in Frankreich zur Kenntnis nehmen, die im Schuljahr 2016/17 in Kraft treten soll und allen Kennern, auch den Experten im französischen System, große Sorge bereitet. Sie steht im diametralen Gegensatz zu dem, was Sie fördern und erreichen wollten. Mit dem Verzicht auf die bewährten Modelle der „classes bilangues“ und der „sections européennes“, die dafür gesorgt haben, dass ggw. immerhin ca. 15 % aller französischen Schüler Deutsch lernen, besteht

die nicht von der Hand zu weisende Gefahr, dass Deutsch in Frankreich erneut zum Orchideenfach wird, so wie es vor dem Saarbrücker Beschluss von 2004 schon einmal der Fall war. Würde es wirklich dazu kommen, hätte der Rückgang der Deutschlernerzahlen selbstverständlich gravierende Folgen auch für die Wissenschafts- und Wirtschaftsbeziehungen ebenso wie für die Zusammenarbeit der Städtepartnerschaften, bei denen der Jugendaustausch über den reinen Schüleraustausch hinaus eine besondere Rolle spielt, z.B. im Sport, bei den Jugendfeuerwehren, den Musikschulen. Das Thema hat in den letzten Tagen zweifelsohne eine zentrale Rolle in den Arbeitsgruppen dieser Jahrestagung gespielt.

Daher ist es sicher auch in Ihrem Interesse, Frau Ministerpräsidentin, wenn ich an alle Mitglieder der Vereinigungen, die der VDFG und dem FAFA angeschlossen sind, den dringenden Appell richte, sich für den Erhalt der „classes bilangues“ einzusetzen. Denn nur bei ausreichend starkem Interesse seitens der Schüler, und das heißt de facto der Eltern, an diesen Zügen besteht die Chance, dass sie dort, wo sie bestehen, über das Schuljahr 2016/17 hinaus erhalten werden. Neue Klassen werden ohnehin nicht mehr eingerichtet.

5

Die zugrundeliegende neue Verordnung kann mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr umgestoßen werden, aber die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sollten mit aller Macht und viel Kreativität genutzt werden. Arbeiten Sie im Rahmen der Städtepartnerschaften daher mit den deutschen Auslandsvertretungen, den Goethe-Instituten, den Club d' Affaires, den Trägern der „Deutsch-Mobile“ zusammen und schaffen Sie vor Ort starke Netzwerke, die sich für den Deutsch-Unterricht in der bisherigen Form einsetzen. Nur so wird es gelingen, die betroffenen Eltern von der Bedeutung des Deutsch-Unterrichts und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, zu überzeugen und die einseitige Dominanz des Englisch-Unterrichts, dessen Bedeutung niemand bestreitet, zu verhindern. Auch deutsche Schulen können dazu Ihren Beitrag leisten, z.B. indem sie bestimmte Unterrichtsmodule gemeinsam mit ihrer französischen Partnerschule anlegen und per Skype oder anderen Mitteln virtuelle grenzüberschreitende Unterrichtsstunden einführen. Ganz nebenbei können die Städtepartnerschaften damit auch Ihre tragende Rolle für die deutsch-französischen Beziehungen unter Beweis stellen, als deren Rückgrat ich sie noch immer ansehe.

8. Ihr überaus erfolgreiches Wirken für die deutsch-französischen Beziehungen hat Ihnen im Frühjahr dieses Jahres eine neue Aufgabe beschert: als Beauftragte der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Integration von Migranten arbeiten Sie eng mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten Ayrault zusammen. Vor dem Hintergrund der immensen Flüchtlingszahlen, die wir schon in naher Zukunft in unser tägliches Leben integrieren müssen, bekommt dieses neue gemeinsame Projekte eine weit über die ursprünglich angedachten Ansätze zusätzliches Gewicht. Denn auch hier gilt: der Staat kann beiderseits des Rheins nur Anstöße geben, Anschubfinanzierung leisten und die Rahmenbedingungen für die in ihrer Größenordnung völlig neue Herausforderungen mitanpassen und -gestalten. Die Last der Integration werden die Kommunen, die Unternehmen und die Zivilgesellschaft zu tragen haben. In dieser schwierigen Situation sollten wir im deutsch-französischen Verhältnis verstärkt kooperieren und voneinander lernen. Dabei können die Städtepartnerschaften ebenfalls eine wichtige Mittlerrolle spielen.

9. Frau Ministerpräsidentin

6

Die deutsch-französische Aussöhnung und die daraus erwachsene Freund- und Partnerschaft in ihrer vielfältigen Gestalt haben Sie stets nicht nur als ein außerordentlich wichtigen bilateralen Prozess angesehen, sondern auch immer wieder dessen europäische Dimension herausgestellt. Ohne die enge und tragfähige deutsch-französische Verbindung hätte die europäische Integration nicht das außergewöhnliche Niveau erreicht, das in vielfältiger Hinsicht unseren Alltag bestimmt und vor allem erleichtert. Ich denke an die Vollendung des gemeinsamen Marktes, an die Freizügigkeit in vielen Feldern des täglichen Lebens, die gemeinsame Währung und vieles andere mehr, das für uns zur Normalität geworden ist. Aber wie Sie in Ihrer Regierungserklärung zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zu Recht festgestellt haben, neigen wir dazu, Normalität mit Selbstverständlichkeit zu verwechseln. Das Europa, das wir wollen, muss täglich von neuem verteidigt und ausgebaut werden.

Das wird uns in diesen Tagen erneut und ganz besonders bewusst. Die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten und Nordafrika, die Wahrung der Europäischen Währungsunion trotz der schwerwiegenden Finanzkrise in Griechenland, die Situation im Osten der Ukraine, aber auch die Verhandlungen über ein TTIP abgekürztes Superfreihandelsabkommen mit den USA, das auf beiden Seiten für die Wirtschaft große Chancen eröffnet, aber gleichzeitig Ängste nicht nur im Blick auf die informationelle Selbstbestimmung eröffnet, stellt die EU und die Währungsunion vor

enorme Herausforderungen nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch im Blick auf den Erhalt unserer Wertegemeinschaft. Gerade in diesen schwierigen Zeiten wird deutlich, dass die Integration weiter gehen muss, dass wir unsere Institutionen, vor allem aber unsere Instrumentarien rasch an diese Herausforderungen anpassen müssen. Mit den finanziellen Stabilisierungsinstrumenten und der Banken-Union allein ist es nicht getan, um schwelende Finanzkrisen nicht nur im Ernstfall zu beherrschen, sondern sie künftig besser gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Regelungen von Schengen und Dublin geraten immer mehr an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit und bedürfen einer Anpassung an die Realität der Völkerwanderung unserer Tage, die so niemand vorhersehen konnte. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss mehr denn je aktionsfähig werden, um allen den Fluchtbewegungen zugrundeliegenden Krisen möglichst nah an ihrem Herd effektiv zu begegnen. Das alles erfordert Umdenken und Kreativität, aber auch den Verzicht auf nationale Alleingänge, ohne notwendigerweise die Souveränität der Mitgliedsstaaten in Frage zu stellen, wie es das Bundesverfassungsgericht postuliert hat.

7

Frankreich und Deutschland sind in dieser Situation in ganz besonderer Weise gefordert. Als „Motor der Integration“ haben wir es in der Vergangenheit immer wieder vermocht, auf dem Weg nach vorn Initiativen zu ergreifen und unseren Partnern Optionen und Lösungswege aufzuzeigen. Das wurde vielfach als deutsch-französisches Diktat missverstanden. Es hat aber in der Realität damit zu tun, dass wir uns häufig genug von entgegengesetzten Ausgangspunkten aufeinander zu bewegt haben und der zwischen uns geführte Dialog und der schließlich gefundene Kompromiss unsere Partner auf europäischer Ebene überzeugen konnte. Der Motor kommt zwar immer wieder ins Stottern, was auch mit den handelnden Personen zu tun hat, die sich immer wieder neu aufeinander einstellen müssen. Aber in entscheidenden Momenten springt er wieder an. Der Vorschlag Präsident Hollandes, einen mit starken Kompetenzen ausgestatteten Wirtschaftskommissar zu schaffen, der in der EU zu einer besser abgestimmten Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik beitragen kann, um finanziellen Krisen vorzubeugen oder die von unseren beiden Regierungen getragenen Bemühungen, eine Dominanz der USA in den digitalen Netzen zu verhindern, gehen genau in diese Richtung.

10. Warum erwähne ich dies alles im Zusammenhang mit der Preisverleihung an Sie, Frau Ministerpräsidentin? Weil Sie in Ihren Beiträgen zum Ausbau der Großregion an Mosel und Saar, bei Ihrem Einsatz für die Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen immer auch die europäische

Perspektive gesehen. Dabei haben Sie stets die Frage gestellt, was können wir als einzelner Bürger und als Staatswesen voneinander auf dem Weg ins gemeinsame Europa lernen, welche historischen geprägten politischen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede müssen wir berücksichtigen. Und Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wie enorm wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger über alle Grenzen hinweg auf diesem Weg mitzunehmen.

Nur wenn wir diesem Anspruch gerecht werden, werden wir verhindern, dass die Europaskeptiker und -gegner in unserem eigenen Land, aber auch jenseits unserer Grenzen mit dumpfen, rückwärtsgewandten Parolen die Oberhand gewinnen können. Deshalb brauchen wir mehr denn je den Dialog zwischen den Bürgern über die Grenzen hinweg, denn nur wenn wir Deutschen begreifen, was unsere Nachbarn in Frankreich und Tschechien, unsere Partner in Finnland oder Griechenland, in Irland oder Portugal bewegt, werden wir die Politik ihrer Regierungen verstehen. Auch deshalb ist es wichtig, dass wir alle mehr als eine europäische Fremdsprache erlernen.

8

Lassen Sie mich das mit einem Appell nicht nur an die hier vertretenen Städtepartnerschaften und Vereinigungen verbinden: so wie die Schulen per Skype gemeinsame bestimmte beidseitig interessierende Themen in ihrem Unterricht diskutieren können, sollten Sie per Skype den Diskurs mit ihren Freunden in Frankreich suchen. Damit können Sie beiderseits zum besseren Verständnis der manchmal deutlich unterschiedlichen Perzeptionen und Positionen beitragen. Ohne den aufgeklärten Dialog zwischen den europäischen Bürgern auf nationaler wie auf europäischer Ebene wird es nach meiner Überzeugung künftig keinen Fortschritt in der europäischen Integration geben, den wir so dringend brauchen. Dieses gemeinsame Voranschreiten bedarf der besseren Information und eben dieses die Grenzen auch im übertragenen Sinn überwindenden Verständnisses für die manchmal völlig andere Ausgangsbasis und die Gefühle unserer Partner und Freunde.

Lassen Sie mich dazu noch einen letzten Appell an Sie, Frau Ministerpräsidentin, aber auch an alle hier anwesenden Schulleiter und Lehrer richten: Europa muss noch viel besser im Unterricht aller Schulformen und Altersstufen verankert werden. Ohne Kenntnis der Geschichte der Integration, der Rolle der Institutionen, der Instrumente, deren sich die EU bedient, können wir von den jungen Menschen angesichts

der schwierigen Zusammenhänge und der immer komplexer werdenden Materien, die in Brüssel in immer kürzerer Folge zu verhandeln sind, nicht erwarten, dass sie dem Einigungsprozess folgen und die notwendige Sympathie für ihn entwickeln.

11. Frau Ministerpräsidentin

Alles das und noch vieles, was ich aus Zeitgründen nicht ansprechen konnte, befindet sich bei Ihnen und der von Ihnen vertretenen Politik in besten Händen. Sie haben einmal gesagt „Großes entsteht im Kleinen“. Dem kann ich nur zustimmen und mit Bewunderung sagen, dass Sie mit Ihren Kollegen in der Regierung, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern des Saarlandes mit vielen aus der europäischen Perspektive scheinbar kleinen Maßnahmen Wichtiges für die europäische Integration leisten. Deshalb hat die Jury gut daran getan, gerade Ihnen den diesjährigen Elsie-Kühn-Leitz-Preis zu verleihen. Europa und seine Bürger brauchen überzeugende Vorbilder, Leitfiguren nicht nur aus dem Olymp der Gründerväter, sondern gerade auch aus dem heutigen politischen Alltagsgeschäft. Daher ist es nicht vermessen, Sie in eine Reihe mit den erlauchten bisherigen Preisträgern zu stellen. Ich bin sicher, dass Sie diese Auszeichnung als Ansporn verstehen, auf dem immer wieder dornigen Weg mutig und konsequent weiter voranzuschreiten. Im Namen aller Anwesenden gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zu dieser Ehrung. Wir alle wünschen Ihnen bei Ihren Bemühungen für die Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft und Ihren Beitrag zum Ausbau der europäischen Integration weiterhin viel Erfolg und eine glückliche Hand.